

Antrag Nr. 20-F-21-0054

SPD, CDU, GRÜNE

Betreff:

Mögliche Auswirkungen des Insolvenzverfahrens der AWO Wiesbaden
- Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 18.11.2020 -

Antragstext:

Über die Presse erfuhren die Stadtverordneten der Landeshauptstadt Wiesbaden von der bevorstehenden Einleitung eines Insolvenzverfahrens der AWO Wiesbaden. Da die AWO im Stadtgebiet diverse Aufgaben im Sozialbereich wahrnimmt, stellen sich folglich Fragen zu potentiellen Auswirkungen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten kurzfristig und vollumfänglich zu berichten:

1. Für wie wahrscheinlich er kurzfristige Schließungen hält bei
 - a. KiTas und Krippen,
 - b. Pflegezentren,
 - c. Migrationsberatung,
 - d. Familienbildungsstätte,
 - e. Beschäftigungsförderung und/ oder
 - f. Gegebenenfalls weiteren Einrichtungen?
2. Wie viele Personen (Beschäftigte + „Nutzer“) hiervon jeweils betroffen wären?
3. Bei Einrichtungen mit erheblicher Schließungswahrscheinlichkeit - welche Möglichkeiten gesehen werden, die jeweiligen Einrichtungen unter anderer (insbesondere auch nicht-städtischer) Trägerschaft weiterzuführen? Welche Hindernisse könnten jeweils im Wege stehen?
4. Welche weiteren Angebote der AWO es gibt, die eingeschränkt werden oder entfallen könnten und wie sind hier die Möglichkeiten zur Übernahme durch eine anderen Einrichtung?

Wiesbaden, 19.11.2020

Simon Rottloff
Fachsprecher

Rebecca Tüshaus
Fraktionsreferentin

André Weck
Fachsprecher

Louise Lydia Wagenbach
Fraktionsreferentin

Karl Braun
Fachsprecher

Max Kendl
Fraktionsreferent